

Cap Anamur: Italienische Gegenbewegungen

Die Cap Anamur war ein Schiff. Vor allem ein Schiff. Wir wussten eigentlich nicht woher es kam, jemand erklärte uns, dass Cap Anamur auch der Name einer Nichtregierungsorganisation sei. Ich bin am Nachmittag des 11. Juli 2004 in Porto Empedocle¹ angekommen, an der Hafentmole waren bereits Journalisten, Politiker und Aktivisten versammelt. An jenem Tag schien es, dass das Schiff endlich kommen müsse, endlich im Hafen anlegen. Aber nein. Nachdem es die Erlaubnis erhalten hatte, sich zu nähern, schickte es ein Gegenbefehl wieder zurück. Ich und meine »compagni«, ebenso aus Palermo gekommen, blieben die ganze Nacht dort, zusammen mit einigen Aktivisten aus der Umgebung. Wir blieben dort, um dieses Schiff vom Kai gleich außerhalb des Hafens zu beobachten und wachten, so gut wir konnten, über seine dunklen Umrisse und seine wertvolle Fracht an Menschenleben.

Wenn ich jetzt, ein Jahr danach, an diese Julinacht denke, dann sehe ich sie als Beginn von ganz Vielem. Ich erinnere mich an die Landung am Tag danach und die Freude, die sich sogleich in Schrecken verwandelte, als die 37 Schiffbrüchigen fortgebracht wurden, Bierdel mit Gewalt in ein Auto verfrachtet und anschließend verhaftet und die Vertreterin des UNHCR verlegen vom Abschiebelager in Agrigento zu sprechen begann – kurz darauf vom Komitee für Folterprävention geschlossen. Als ob es ein Aufnahmeort für diese Flüchtlinge sei. Ich erinnere mich an den Moment, in dem wir entschieden, diesen Menschen überallhin zu folgen, wohin auch immer sie gebracht werden sollten, um so gut wie möglich die Aktion dieses Schiffes zu unterstützen. Dieses Schiffes, das uns unbekannt war, jedoch ein System herausgefordert hatte, das uns nicht gefiel; indem es offen legte, wie unmenschlich Schengen und die italienischen Einwanderungsgesetze sind. Dieses Schiff war in gewisser Weise gekommen, um auf aufsehenerregende

1 Das deutsche Schiff hatte am 20. Juli im Mittelmeer 37 Bootsflüchtlinge aus Seenot gerettet und versucht, sie auf die italienische Insel Lampedusa vor Sizilien zu bringen, dort war jedoch der Hafen zu klein. Der nächstmögliche sizilianische Hafen war Porto Empedocle, dort angekommen wurde in einem unsäglichen, nervenzermürbenden Hin und Her die Einfahrt (in europäische Hoheitsgewässer) untersagt, bis das Schiff am 12. Juli nach einer Zuspitzung der Situation an Bord unter Berufung auf eine Notfall-Situation in den Hafen einlief. Vgl. dazu auch das Interview von Angela Huemer mit Elias Bierdel in dieser Publikation (Red.).

Art das zu erzählen, was wir seit Jahren zu vermitteln suchen – nämlich dass unser Mittelmeer, ebenso wie und viel mehr als andere Grenzen der sogenannten »entwickelten« Länder, ein riesiger Friedhof ist.

Ich erinnere mich, wie wir vor dem Abschiebelager von Agrigento grundlos verprügelt wurden, als wir Garantien zum Schicksal der Flüchtlinge verlangten. Ich erinnere mich daran, wie die Flüchtlinge von Agrigento zum Abschiebelager von Caltanissetta, Pian del Lago, gebracht wurden, und die Wärter dabei fast mit den Bussen über uns hinweg fuhren. Und wir immer hinterher, um diesen Flüchtlingen zu folgen mit dem Ziel, sie zu erreichen und zu schützen, stets von ihnen getrennt durch Mauern, Stacheldraht, Dutzenden Polizisten.

In Pian del Lago blieben wir lange, die ganze Zeit in der sie dort festgehalten wurden. Tag und Nacht vor der Gittertür. Ragazzi, Aktivisten aus allen Städten Siziliens, zusammen aus demselben Grund, wenig Schlaf, wenig Essen. Mit einem Generator und einem Mikrofon versuchten wir, von draußen mit dem Inneren des Abschiebelagers zu kommunizieren, wir versuchten, die Migranten aus der Distanz zu ermutigen so gut wir konnten, wir versuchten ihnen zu zeigen, dass es in Italien auch andere Menschen gibt als diejenigen, die sie unrechtmäßig gefangen halten. Vor diesem Abschiebelager konsolidierte sich das Antirassistische Netzwerk Siziliens, das Rete Antirassista Siciliana: kleine unabhängige Gruppen von Jugendlichen und Erwachsenen, die jeweils in ihrer Stadt versuchen, für die Rechte der Migranten zu kämpfen, also auch für die eigenen Rechte, spontan begannen sie, zusammen zu arbeiten.

Wir haben versucht zu informieren und aufzuzeigen, was vor sich ging, und dem unseren beharrlichen Widerstandswillen entgegenzusetzen. Uns gelang es, einige der Flüchtlinge zu treffen – ich und Ilaria haben als Übersetzer für die Anwälte das Abschiebelager betreten. Wir haben Stunden gebraucht um sie zu überzeugen, uns zu vertrauen: sie riefen uns an, als sie in der Nacht heimlich fortgebracht wurden. Zunächst 14 nach Rom in das Abschiebelager von Ponte Galeria. Dann, eine Woche später, weitere 22 nach Catania zum Flughafen, den wir alle betraten um verzweifelt zu versuchen, die Abschiebe-Flugzeuge aufzuhalten.

Wir haben immer in all diesen Tagen im voraus begriffen, was geschehen würde. Nach einem ersten Moment des Erstaunens ist uns bewusst geworden, dass alles geschehen konnte, so als ob die Welt auf den Kopf gestellt worden war. Aber niemand glaubte sofort daran. Wir waren dort und versuchten, die Politiker und Journalisten anzurufen und ihnen zu sagen: »Die Migranten haben uns aus dem Innern des Abschiebelagers angerufen, sie bringen sie weg!« Am Ende waren wir aber nur »Jugendliche«, oder im besten Fall »etwas zu sehr bewegte Bürger«, die genug Zeit zur Verfügung hatten. Die Journalisten verfolgten den Fall Cap Anamur während das Schiff noch auf offener See war. Die Politiker gingen einer

nach dem anderen an Bord. Wie in einem Wettlauf taten die Anwälte der großen Verbände ihre Meinung kund und heckten das Chaos aus, das sie hervorriefen. Am Ende jedoch ist die Aufmerksamkeit der Politiker der linken Parteien, abgesehen von einigen Abgeordneten und regionalen Vertretern, die sich vor Ort begeben hatten und dort mit uns blieben, abgeebbt. Vor dieser Gittertür waren wir nur rund 20 Menschen. Obwohl Bürgermeister diverser italienischer Gemeinden den 37 Bootsflüchtlingen sogar die Ehrenbürgerschaft und Aufnahme in ihren Gemeinden anboten², vermochte unser Widerstand nicht, diese Menschen zu retten. Ich erinnere mich an den Anruf von Issa, einem der Flüchtlinge, in der Nacht des 21. Juli: »Sie schlagen uns, helft uns, helft uns!«. Sie waren auf dem Flughafen von Rom. Sie versuchten Widerstand zu leisten, um nicht nach Ghana gebracht zu werden. Am anderen Ende des Telefons hörte ich dumpfe Geräusche und Schreie. Es gab nichts, das ich tun konnte. Alle dort wurden ausgeflogen und wir hatten verloren.

Nun verstehe ich, wie sehr die Tage der Cap Anamur einen grundlegenden Wendepunkt darstellten. Seit damals hat sich viel verändert, mit einer neuartigen und unglaublichen Geschwindigkeit. Nachdem 37 Flüchtlinge, schuldig, weil sie überlebt hatten, festgehalten und dann mit Gewalt abgeschoben wurden, mit Methoden, die ganz offen internationale Abkommen zum Schutz der Menschenrechte verletzen. Nachdem der, der sie gerettet hatte, wie ein Krimineller behandelt wurde, verhaftet und erniedrigt. Nachdem das Schiff, das sie aufgelesen und an Land gebracht hatte, wie irgendein Schlepperschiff beschlagnahmt wurde, nachdem all dies geschah, ist wirklich alles möglich geworden in unserem Land. Die italienische Politik gegenüber Einwanderern hat ohne Zögern ihr gesamtes unmoralisches, illegales, unmenschliches und rassistisches Antlitz gezeigt. Die Cap Anamur war wie ein Probelauf: Abgesehen von den 37 Opfern, abgesehen von diesen nebensächlichen Tatbeständen wurde dieses Ereignis von denen, die es bestimmten, auf höchst symbolische Weise interpretiert und durchlebt: Unsere Regierenden haben mit Recht gedacht, wenn sie unversehrt aus einer solch hässlichen Geschichte und den Verurteilungen der ganzen Welt hervorgehen, dass es dann möglich sein würde, jedwede Maßnahme zu ergreifen, ohne irgendjemanden fürchten zu müssen. Und so geschah es.

2 Diese Möglichkeit des Bleiberechts über Aufnahme in einer Kommune besteht im italienischen Einwanderungsrecht, für alle 37 Flüchtlinge der Cap Anamur hatten italienische Kommunen dieses Aufnahme-Angebot gemacht. Vertreter einiger Kommunen (auch ganz aus dem Norden Italiens aus der Provinz Venedig), die angereist waren um Flüchtlinge abzuholen, wurden jedoch ebenso abgeblockt und schließlich hintergegangen wie die Aktivisten, und die Flüchtlinge an den Protestierenden vor den Toren der Abschiebegefängnisse vorbei zu den Abschiebeflughäfen gebracht (Red.).

Das Bossi-Fini-Einwanderungsgesetz nimmt seinen Lauf, verschärft durch die Tatsache, dass in Wirklichkeit alles der Willkür der Ordnungskräfte überlassen ist, nunmehr einzige Befugte, um das Leben und das Schicksal der ankommenden Migranten zu verwalten. Die Internierung vor der Abschiebung, angewandt auch bei den Asylbewerbern, scheint zunehmend die einzige Antwort zu sein, die Italien gefunden hat – im Einverständnis mit den anderen Ländern des neuen Europas – um einer komplexen und wichtigen Frage der Zivilisation, wie sie von den Migrationsbewegungen aufgeworfen wird, zu begegnen. Während täglich Männer, Frauen und Kinder sterben, indem sie von einem Meer verschlungen werden, an das Tausende Touristen kommen um ihre Ferien zu verbringen, gehen die Revolten in den Abschiebelagern weiter, ebenso wie es weiterhin geheimnisvolle Todesfälle in diesen Lagern der Gegenwart gibt. Diese Regierung setzt die systematische Verletzung aller Rechte und der Menschenwürde fort, indem sie die Opfer abschiebt, einsperrt, zerstört, die Opfer stumm und alle anderen taub macht mit Kriminalisierungen und Lügen. Der Gipfel dieser Schande waren die Abschiebungen von Tausenden von Migranten aus den italienischen Abschiebelagern Lampedusa und Crotone nach Libyen. Keine Libyer, niemals richtig identifiziert, paarweise aneinandergesesselt, wurden sie mit militärischen Transportflugzeugen oder normalen Linienflügen in ein Land verfrachtet, von dem aus es ihnen einmal wunderbarerweise gelungen war, davonzukommen – indem sie all ihre Habseligkeiten zurück ließen, um einen besseren Ort zu erreichen, an dem sie glaubten, Demokratie und Respekt vorzufinden. 106 ist laut lybischer Regierung die offizielle Zahl der Toten unter den 1200 Migranten, die im Oktober 2004 von Lampedusa nach Tripolis, Libyen abgeschoben wurden. Und die Abschiebungen haben nicht mehr aufgehört.

Das Europa-Parlament und der Europäische Gerichtshof in Strassburg haben Italien für die Massenabschiebungen von Lampedusa verurteilt, so wie derselbe Gerichtshof dieselbe Regierung für den Fall Cap Anamur verurteilt hatte. Aber nun ist ein neuer Sommer angebrochen und die Bootsankünfte³ sind erneut auf den Titelseiten der Zeitungen. Die Medien erzeugen Alarmstimmung, Ausnahmezustand, Angst. Und so gibt es weiterhin Internierungen und Abschiebungen, sie werden als die einzig mögliche Lösung angepriesen. Ich weiß nicht, ob in den nächsten Monaten wieder so etwas wie eine andere Cap Anamur kommen wird um erneut zu zeigen, wie wenig zivilisiert unser Europa geworden ist, wenn es darum geht, Menschenleben den ihm zustehenden Wert zu geben. Ich weiß, was bereits geschieht, und das reicht.

3 In den Sommermonaten steigt die Zahl der Boat People, die versuchen, in kleinen Booten über das Mittelmeer Europa zu erreichen, witterungsbedingt an. Siehe dazu ausführlich den Beitrag von Helmut Dietrich in diesem Heft.

Das einzig Gute was ich über dieses letzte Jahr in Sizilien seit der Cap Anamur sagen kann ist, dass das Antirassistische Netzwerk Siziliens weiterbesteht. Dass wir dort in Lampedusa erneut vor Ort am Abschiebelager waren und alles gefilmt haben: die widerrechtlichen Abschiebungen gefesselter Bootsflüchtlinge, die nicht einmal wussten wohin sie gebracht werden sollten – nämlich nach Lybien. Unsere ertrotzten Aufnahmen, diese skandalösen und eines zivilen Landes unwürdigen Bilder, haben in verschiedenen Zusammenhängen Verbreitung gefunden und waren wertvolles Material für die Anklagen von amnesty international und anderer wichtiger Vereinigungen. Das Gute ist, dass seit der Cap Anamur das Netzwerk »Rete Antirassista Siciliana« stetig gewachsen ist, trotz unzähliger Schwierigkeiten. Und dass wir stets versucht haben, dort zu sein, wo die Dinge geschehen, um uns ihnen entgegenzustellen und sie aufzuzeigen.

Von Licata nach Palermo, von Agrigento nach Messina, von Catania bis Caltanissetta und Ragusa reicht dieses Netzwerk. Etwas ist im Schatten der Cap Anamur entstanden, so wie im Schatten dieses Schiffs ganz viele Dinge entstanden sind und sich dann gemeinsam und unabhängig fortgesetzt haben, trotz allem – weil es sehr viel zu tun gibt.

*Übersetzung aus dem Italienischen: Angela Huemer
Alessandra Sciurba ist engagiert beim Rete Antirassista Siciliana*

*Ihr sollt wissen, dass kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich.
Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht.
Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?*
Elie Wiesel

**kein mensch ist illegal ♦ Karawane für die Rechte
von Flüchtlingen und MigrantInnen ♦ kanak attack**

Aufruf zur Solidarität mit den Menschen von der Cap Anamur

In den letzten Wochen rückte die europäische Politik der Abschottung und des Todes gegenüber Flüchtlingen an Europas Außengrenzen unübersehbar in den Blick der Öffentlichkeit. Die Cap Anamur forderte mit 37 schiffbrüchigen Flüchtlingen an Bord die Einreise in die EU. Mit Militärschiffen, Hubschraubern und Flugzeugen wurde das Schiff am Einlaufen in die italienischen Hoheitsgewässer gehindert, für eine lange Zeit der Ungewissheit wurde das Schiff zum »Lager auf dem Meer«. Trotz aller Verbote ist das Schiff am 11. Juli in den italienischen Hafen Empedocle eingelaufen – die Flüchtlinge kamen in ein Abschiebelager, das beschönigend »Aufnahmezentrum« genannt wird; der Kapitän des Schiffes und Teile der Besatzung wurden von italienischen Behörden verhaftet.

Während vielerorts eine »Lösung des Flüchtlingsproblems« gefordert wird, ist doch überdeutlich, dass sich die europäische Festung längst für einen Umgang entschieden hat: Sie bietet alle ihre Kräfte auf, um zu verhindern, dass sich Menschen auf den Weg in den europäischen Kontinent machen. Soldaten, Polizisten, Gefängnisse und Lager hält die EU für sie bereit. Sie werden zu »Illegalen« erklärt und ihre UnterstützerInnen zu Kriminellen, ihre Motive werden diffamiert. Die Cap Anamur hält diesem Europa der Abschottung in diesen Tagen den Spiegel vor. Und die schon nach offizieller Zählung 5000 Toten, die wir darin erblicken, sind in der Tat unerträglich. Um diesen Anblick zu verschleiern, wollen Regierungsverantwortliche und Teile der Medien schnell ein Leichentuch darüber werfen, gewebt aus Verleumdung, Zynismus und Repression.

Es ist eine Auseinandersetzung um die Ordnung dieser Welt, die sich in dem Konflikt um das Flüchtlingsschiff vollzieht. Ein Krieg gegen jene, die es wagen und schaffen, die Fundamente der herrschenden Ordnung zu unterlaufen: die Aufteilung der Welt in Zonen des Reichtums und der Armut, des Zugangs zu Rechten und der Rechtlosigkeit, in Zonen des Lebens und des Todes. Deren

Grenzen durchziehen die Welt und die Gesellschaften. Diese Aufteilung der Welt und das tägliche Sterben im Namen der Abschottung akzeptieren wir nicht.

Wir fordern für die Flüchtlinge der Cap Anamur Bleiberecht in einem Land ihrer Wahl. Wir fordern die sofortige Freilassung der Flüchtlinge und der gefangenen Besatzungsmitglieder. Wir fordern ein Ende der Politik des Schreckens, mit der die Festung Europa ihren auf allen Erdteilen zusammengerafften Reichtum auch gegen Flüchtlinge und MigrantInnen verteidigt.

Und wir rufen dazu auf, Flüchtlinge und MigrantInnen bei der Ein- und Weiterreise zu unterstützen, ebenso die Kämpfe um Bleiberecht und gegen die Entrechtung und Lagerunterbringung! Denn kein mensch ist illegal.

Aufruf von den bundesweiten antirassistischen Netzwerken, 13.7.2004

Komitee für Grundrechte und Demokratie

Erklärung zur Cap Anamur

Nicht die Rettungsaktion der »Cap Anamur« steht zur Debatte, sondern das europäische Migrationsregime, das für tausendfachen Tod verantwortlich ist. Statt den menschenrechtlichen Skandal, den die tödlichen Folgen der »Festung Europa« darstellen, zu thematisieren, wird inzwischen den Verantwortlichen der »Cap Anamur« von etlichen Seiten vorgeworfen, eine Hilfsaktion initiiert und zur Selbstdarstellung instrumentalisiert zu haben. Das ist jedoch leicht als ein politisches Manöver all derjenigen zu entlarven, die in den letzten Jahren die »entschlossene Bekämpfung der illegalen und unkontrollierten Immigration« zum verbindenden Moment einer europäischen Einwanderungspolitik erklärt, die Grenzen abgeschottet und dabei jegliches menschenrechtliche Maß, wie mit den »unerwünschten Einwanderern« umzugehen sei, aus den Augen verloren haben. Flüchtlinge und Migranten, die sich europawärts aufmachen, werden einem repressiven Migrationsregime unterworfen, das aus Kontrollen, Aussonderung, Einsperrung, Lager und Tod besteht. Das Mittelmeer markiert dabei die vielfach todbringende Grenze zwischen den Zonen der Gewaltsamkeit, der tödlichen Armut und denen des Wohlstands, zwischen wohlständigem Leben und elendigem Tod.

Nicht die Rettung von schiffbrüchigen Emigranten, die sich in diesem militärisch überwachten Grenzraum auf der Suche nach Zukunftsperspektiven,

Überleben und Schutz nach Europa aufgemacht haben, ist in irgend einer Weise verwerflich, sondern menschenrechtlich allein jene europäische Migrationspolitik, die bislang Tausenden von Einwanderern das Leben gekostet hat (das Netzwerk United hat seit 1993 den Tod von über 4.500 Flüchtlingen und Migranten an den europäischen Außengrenzen dokumentiert). Eine Migrationspolitik, die im wesentlichen auf Abwehr und Kontrolle von Wanderungsbewegungen möglichst weit im Vorfeld der europäischen Wohlstandsgrenzen ausgerichtet ist – unter Inkaufnahme unzähliger menschlicher Opfer. Die Rettungsaktion der »Cap Anamur« macht auf diesen menschenrechtlichen Skandal des todbringenden Grenzregimes zurecht aufmerksam. Und erst die rigide Haltung Italiens und Deutschlands, die Bootsflüchtlinge nicht aufnehmen zu wollen, produzierte das lautstarke Medienecho.

Jetzt soll an den Aktivisten ein Exempel statuiert, dieselben kriminalisiert und ihr berechtigtes Anliegen zu einer PR-Aktion herabgewürdigt werden. Das ist nur allzu durchsichtig. Denn es steht vielmehr die Frage zur Debatte, wie eine andere, eine menschenrechtsgemäße europäische Flüchtlings- und Einwanderungspolitik aussehen kann. Dazu könnte die Rettungsaktion einen Anstoß gegeben haben. Gefragt ist jetzt zudem die Solidarität aller Bürgerinnen und Bürger mit den inhaftierten Aktivisten und den internierten Flüchtlingen der »Cap Anamur«.

Köln, den 14. Juli 2004

Aktuelle Proteste gegen Flüchtlingslager in Italien

Bootsflüchtlinge, die lebend die italienische Insel Sizilien erreichen, werden in sogenannte Aufnahme-Zentren und Haft-Zentren gebracht. Vielen von ihnen droht nach einer Odyssee von Abschiebelager zu Abschiebelager, oder auch umgekehrt, die Abschiebung. Eine Chance, in andere europäische Länder weiterzureisen besteht dann, wenn sie nach der Ankunft der Internierung entkommen. (Siehe zu den Hintergründen den Beitrag von Helmut Dietrich in diesem Heft) Die ankommenden Boat People bekommen keine Rechtsberatung, und wie die Erfahrungen von UnterstützerInnen zeigen, sind sie oft weder über ihre Rechte noch die aktuelle Situation informiert und wissen auch nicht, dass und wohin sie abgeschoben werden. (vgl. den Bericht von Alessandra Sciorba)

Die Infrastruktur der Internierungslager (CPT) für MigrantInnen – alle Bootsflüchtlinge gelten als »illegal Eingereiste – ist in Italien in den letzten Jahren stark ausgebaut worden, immer mehr Lager wurden errichtet. Im April dieses Jahres wurden die Richtlinien für Asylverfahren geändert, so dass jetzt auch alle, die einen Asylantrag stellen, für 30 Tage in speziellen »Identifikationszentren« (CdI) interniert werden, wo ihre Asylbegehren geprüft werden sollen. Bei den Kollektivabschiebungen von Lampedusa seit Oktober 2004 durften weder UNHCR-Vertreter noch Parlamentarier noch Anwälte das Aufnahmelager in Lampedusa betreten, was den Flüchtlingen jegliche Chance raubt, gegen ihre widerrechtliche Abschiebung vorzugehen. Diese Entwicklung bleibt in Italien nicht unwidersprochen. Eine Initiative verschiedener Provinz-Präsidenten, die der kommunistischen Partei (in Regierungsbeteiligung) angehören, protestierten jüngst gegen die Flüchtlingslager. (Il manifesto) Amnesty international kritisierte im Juni 2005 scharf die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen in italienischen Internierungslagern und legte einen ausführlichen Bericht vor (<http://web.amnesty.org/library/index/engneur300042005>), und die Ärztevereinigung »Ärzte ohne Grenzen« monierte die Zustände in italienischen Flüchtlingslagern so massiv, dass ihnen von Behördenseite schließlich der Zutritt verwehrt wurde.

Nicht zuletzt sind Revolten in Italiens Abschiebe-Internierungslagern an der Tagesordnung. In Nachrichtensendungen ist zum Beispiel zu sehen, dass Wasserwerfer durch die Zäune auf protestierende Flüchtlinge im Lager gerichtet werden. Gegen die in Italien noch – im Vergleich zu Deutschland – neue Entwicklung eines ganzen Lagersystems hat es in den letzten Jahren viele Demonst-

rationen und teilweise spektakuläre Aktionen des zivilen Ungehorsams gegeben. In Bari und Gradisca wurden CPT vor der Inbetriebnahme »demontiert«, was ihre Eröffnung verzögerte oder verhinderte. Bei mehreren Protestaktionen an den Zäunen gelang es MigrantInnen, zu fliehen. (vgl. Sarah Sahara, *Gekämpft wird überall*, In: *interface* (Hg.), *Widerstandsbewegungen*, Berlin, 2005, S. 152–160)

In den letzten Jahren ist auch die Situation der überlebenden und toten Bootsflüchtlinge, die mittlerweile vor allem an Siziliens Küsten und denen der vorgelagerten Inseln anlanden, zum Thema von Solidaritätsaktionen geworden. Zuerst war es eine Initiative zu den verschwiegenen Toten im Mittelmeer, die vor drei Jahren versuchte, deren Schicksal und Identität aus dem Vergessen zu holen. Dann gründete sich nach der Rettungsaktion der *Cap Anamur* vor einem Jahr ein antirassistisches Netzwerk in Sizilien, das »*Rete antirassista siciliana*«, dessen Gründungsprozess von Alessandra Scurba in diesem Heft eindrücklich geschildert wird. Und in diesem Sommer fand Ende Juli bis Anfang August auf Sizilien ein zweiwöchiges antirassistisches Camp statt, dessen Aktionen und Ergebnisse in folgendem Bericht vom 5. August dokumentiert sind.

Enrica Rigo

Antirassistisches Camp auf Sizilien

»Sizilien war in den letzten Jahren der Ort, wo mehr als überall sonst in Italien von Regierungsseite eine Politik und Praktiken der Verletzung fundamentaler Menschenrechte praktiziert wurden. Das betrifft sowohl die Migranten, die an unseren Küsten ankommen als auch die, die bereits auf italienischem Territorium sind. Die Insel ist mittlerweile selbst zu einem Internierungslager geworden, außerhalb der bestehenden Rechtsordnung. Hier starten Abschiebe-Charterflüge in Länder wie Libyen, wo aus Italien abgeschobene MigrantInnen dem Tod entgegensehen – einige sind bereits ums Leben gekommen.«

So beginnt der Aufruf zum antirassistischen Camp vom 24. Juli bis zum 6. August in Sizilien. Das zweiwöchige Camp wollte konkret gegen das Dispositiv von Abschiebungen und Internierung intervenieren. Es brachte gute Ergebnisse: Blockaden der Busse, mit denen die MigrantInnen von Porto Empedocle (wohin sie aus dem Internierungslager auf Lampedusa kommen) in andere Internierungslager auf Sizilien gebracht werden. Die Aktionen der letzten Woche verhinderten die Abfahrt der Busse, um die MigrantInnen über ihre Rechte zu informieren.

Am Dienstag den 2. August nahmen 80 AktivistInnen an einer weiteren Blockade in Porto Empedocle teil. Als die MigrantInnen am Hafen ankamen, begannen die AktivistInnen die Zäune abzureißen, die den Weg der MigrantInnen zu den Bussen umgeben. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei setzten sich fort, während die MigrantInnen schon in den Bussen saßen. Die AktivistInnen umring-

ten den Bus und verhinderten die Abfahrt, dabei schlugen einige MigrantInnen die Fensterscheiben ein und flohen. 14 von ihnen schafften es, aus dem Hafen zu fliehen – sie sind immer noch frei.

Andere Aktionen erbrachten ebenfalls gute Ergebnisse: Am Montag den 1. August nahmen wir an einer Zusammenkunft außerhalb des Internierungslagers (>detention centre<) von Ragusa teil. Dies ist das einzige Lager in Italien, wo nur Frauen interniert werden, sie werden aus ganz Italien dorthin gebracht. Am Morgen betrat eine offizielle Delegation das Abschiebelager, zusammen mit einem Parlamentsmitglied. In der Zwischenzeit gelang es einigen von den AktivistInnen, mit MigrantInnen durch die Zäune zu sprechen, und wir fanden heraus, dass einige die Asylanträge gestellt hatten schon länger als 30 Tage dort festgehalten wurden. (30 Tage ist die Höchstdauer für Asylbewerber, danach müssen sie aus den »Identifikationszentren« wieder entlassen werden). An diesem Punkt, als klar wurde, dass die offizielle Delegation solche wichtigen Tatsachen wie das illegale Festhalten der Flüchtlinge übersehen hatte, brachen die AktivistInnen in das Zentrum ein und betraten einen Teil des Gerichtsareals. Die »Invasion« dauerte viele Stunden und wurde unterstützt von den Frauen, die auf dem anderen Teil des Geländes protestierten. Wir verlangten, dass eine zweite Delegation mit vier AktivistInnen des Protestcamps das Haftzentrum inspizieren dürfen. Wir wurden von einem anderen Mitglied des Parlaments begleitet (dies ist die einzige Möglichkeit in Italien, ein Haftzentrum für MigrantInnen zu betreten, außer einzubrechen) und wir verlangten Garantien, dass die sechs Asylbewerberinnen freigelassen werden und eine Frau in einem sehr ernsten Zustand ins Krankenhaus gebracht wird. Die Frau wurde am nächsten Tag ins Krankenhaus gebracht. Heute fuhr eine weitere Delegation wieder nach Ragusa und verlangte die Entlassung der sechs Asylbewerberinnen. Das wurde realisiert, dank der Mobilisierung der AktivistInnen. Heute gab es auch eine weitere Versammlung der AktivistInnen des Protestcamps und eine Pressekonferenz in Agrigento. Diese verlangte von den Behörden Auskunft über das Schicksal eines Bootes, das Lybien zwei Tage zuvor verlassen hatte. 130 MigrantInnen waren an Bord, das Boot wird vermisst. Dann wurden Straßenblockaden organisiert, weil die Behörden entschieden hatten, die Suche nach den Vermissten einzustellen.

Weitere Informationen aus der vergangenen Woche: Letzte Woche konnten weitere 40 MigrantInnen aus einem Gebäude in Porto Empedocle fliehen, wo fast 200 von ihnen vorübergehend, vor den Registrierungsformalitäten, untergebracht worden waren. Dieses Gebäude hatte eine Gruppe von AktivistInnen aus dem antirassistischen Camp aufgesucht und die MigrantInnen über ihre Rechte und die Konsequenzen der Internierung informiert. Nach der Flucht (die von den MigrantInnen unabhängig initiiert wurde), erlaubten die Behörden den AktivistInnen nicht, das Gebäude erneut zu betreten.

Morgen endet das antirassistische Camp auf Sizilien mit einer Demo in Messina. Weitere Aktionen gegen Abschiebelager sind für September geplant: ein dezentraler Aktionstag in September gegen Abschiebelager – inklusive eines Boykotts von Firmen und Nichtregierungsorganisationen, die Lager betreiben. Zwei Demonstrationen im Oktober, um die Eröffnung des Internierungslagers in Bari und in Gradisca d'Isonzo zu verhindern. Und eine landesweite Demonstration gegen das italienische Einwanderungsgesetz im November.

Weitere Berichte vom antirassistischen Camp:

<http://www.globalproject.info/art-5445.html>

<http://indymedia.org/news/2005/07/844539.php>

Übersetzung aus dem Englischen: Maria Wöste

Proteste gegen Lager in Deutschland

Ausge-Lager-t sind die Flüchtlinge auch im Inneren Europas – aus der Gesellschaft. Trotz europaweit sinkender Zahlen derjenigen, denen eine Flucht ins Zentrum der EU noch gelingt, wird das Lagersystem hierzulande weiter ausgebaut – in dem Bestreben, noch mehr Flüchtlinge noch früher in Lagern zu isolieren und so früher und einfacher wieder loswerden zu können. Nachdem die sog. Ausreisezentren per »Zuwanderungsgesetz« seit Anfang dieses Jahres institutionalisiert wurden, ist aktuell eine Expansion einer anderen Variante der Abschiebelager zu beobachten: ähnlich wie in Bramsche in Niedersachsen wird jetzt auch in Horst, Mecklenburg-Vorpommern, ein Abschiebelager mit der Zielsetzung frühestmöglicher Ausreise nach der Einreise in die Erstaufnahmeeinrichtung integriert, und die »freiwillige Ausreise« propagiert. Vielleicht werden diese Lager-Modelle unter dem Begriff »Rückführungslager«, wie schon jetzt in NRW, bald bundesweit etabliert sein. Vielleicht ist das aber auch nur ein Wunschtraum derjenigen, die sich als Verantwortliche für das Lager Bramsche in Legitimationszwängen sehen. Die »Aktionstour gegen das europäische Lagersystem« wird im September von der »Öffentlichen Inspektion« in Bramsche nach Horst führen, um die unsichtbare Aus-Lager-ung sichtbar zu machen und zu unterlaufen. Flüchtlings(-Sammel)-Lager sind in den letzten Jahren auch in Deutschland wieder zu Orten des organisierten Protestes geworden: Aktionstage gegen das »Ausreisezentrum« in Fürth (Bayern) 2003, Anti-Lager-action-Tour durch mehrere Bundesländer 2004, und im Jahr 2005 gleich drei Mal: Europaweiter Aktionstag für Bewegungsfreiheit im April in Bahnsdorf (Brandenburg), Euromayday im Mai in Hamburg, Aktionstour gegen das europäische Lagersystem nebst Öffentlicher Inspektion in Bramsche und Horst (Mecklenburg-Vorpommern) am 24. und 25. September 2005. Während Proteste und Aktionen von Flüchtlingen innerhalb der Lager oft nicht in die öffentliche Wahrnehmung gelangen, versuchen die jüngsten Protestaktionen, die Flüchtlinge und ihre Forderungen von außen zu unterstützen. Eine Bilanz der Aktionstage gegen das »Ausreisezentrum« Fürth war im Flüchtlingsrat 100 (März 2004, S. 23 – 25) zu lesen. Einen Rückblick auf die Erfahrungen der letztjährigen Protestaktion gibt der folgende Artikel. Auf diesen Webseiten sind die aktuellen Aktionen und Diskussionen der letzten Jahre gut dokumentiert: www.nolager.de; www.ausreisezentren.de. (Red.)

Netzwerk Anti-Lager-Tour

Ein Jahr ist es her, dass die Anti-Lager-Action-Tour im Sommer 2004 17 Tage lang mit Bussen und PKW durch mehrere nördliche und östliche Bundesländer gezogen ist (einschließlich dreier Aktionscamps), und gegen die zwangsweise Unterbringung von Flüchtlingen und papierlosen MigrantInnen in Heimen, Abschiebelagern und -knästen demonstriert hat.

Nicht nur die Tour selbst ist ein facettenreicher Mix äußerst unterschiedlicher Ereignisse, Abläufe und Dynamiken gewesen – mit insgesamt etwa 1.500 bis 2.000 beteiligten AktivistInnen. Auch die Zeit danach hat sich durch hohes politisches Tempo ausgezeichnet: Erstens, weil mehrere an der Tour beteiligte FlüchtlingsaktivistInnen unmittelbar im Anschluss akut von Abschiebung bedroht waren (unter ihnen das bekannte Karawane-Mitglied Akubuo Chukwudi), zweitens, weil der Widerstand mindestens in einem der Lager direkt nach der Tour weitergegangen ist, drittens, weil am Ende der Tour ein beträchtlicher Schuldenberg stand und viertens, weil der überregionale antirassistische Terminkalender im letzten Jahresviertel ungewöhnlich voll gewesen ist – stellvertretend seien nur die von der Brandenburger Flüchtlingsinitiative maßgeblich mitorganisierte AntiColonial Africa Conference in Berlin und der spektakuläre Residenzpflicht-Prozess des The Voice-Aktivisten Ahmed Sameer in Erfurt genannt.

Ausschluss durch Einschluss

In der Summe hatte das zur Folge, dass seitens der Tour-Vorbereitung bis heute so gut wie keine individuellen oder gemeinsamen Auswertungstexte veröffentlicht wurden. Das ist zweifelsohne ein Manko, zumal mittlerweile bereits neue Aktionen im Rahmen eines europäischen Aktionstags am 2. April angedacht sind. In diesem Sinne möchten die hier angestellten Überlegungen Versäumtes nachholen, ihr Bezugspunkt sind die vier grundlegenden im Aufruf zur Anti-Lager-Action-Tour ursprünglich proklamierten Zielsetzungen.

Isolation unterwandern: Lagerpolitik ist Ausschluss durch Einschluss. Sie zielt im Kern zusammen mit rassistischen Sondergesetzen wie der Residenzpflicht oder dem Arbeitsverbot auf Separierung und Isolierung. Widerstand gegen Abschiebungen – vor allem von außen – soll auf diese Weise verunmöglicht werden. Eine zentrale Devise der Anti-Lager-Action-Tour lautete deshalb, durch praktische Schritte die politisch gewollte Isolation von Flüchtlingen bewusst zu unterwandern.

Realisiert wurde diese Devise am weitestgehenden auf der Ebene des Tour-Wir's. Nicht nur in der Vorbereitung, sondern auch während der Tour ist dieses ein gemischtes gewesen, d. h., Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge waren gleicher-

maßen vertreten. Von den beteiligten Flüchtlingen waren einige bereits in Flüchtlingsgruppen organisiert (vornehmlich in der Brandenburger Flüchtlingsinitiative, The Voice und der Karawane), andere sind erst im Zuge der Tour dazu gestoßen. Letzteres gilt insbesondere für InsassInnen aus dem inzwischen geschlossenen »Dschungelheim« Tramm in Mecklenburg Vorpommern. In den Aktionen wurde die Isolationspolitik ebenfalls direkt attackiert: Immer wieder wurde versucht, unmittelbar an die Zäune der Lager heranzukommen und diese zu überwinden. Mancherorts haben die Zäune auch kleine Blessuren davongetragen (in Bramsche sind nächtens sogar 15 Meter Zaun abhanden gekommen); in Halberstadt sind etwa 150–200 Leute über den Zaun geklettert und haben zusammen mit ca. 50–70 InsassInnen der Zentralen Aufnahme- und des Ausreisezentrums auf dem Lager-Gelände demonstriert. Beim Abschiebeknast in Hannover ist die Demo am Ende sehr still geworden, wodurch ein Straßen-Fenster-Gespräch mit einigen Gefangenen ermöglicht wurde.

Dass die gezielte Unterwanderung von Isolation ins Mark herrschender Lagerpolitik trifft, ist natürlich auch den staatlichen Behörden nicht entgangen. Sie haben deshalb keine Mühen gescheut, das Isolationsregime auch während der Tour aufrechtzuerhalten. So wurde für sämtliche der von der Tour angesteuerten Lager ein komplettes Besuchsverbot erlassen. Das hatte seinerseits zur Folge, dass die Tour an jedem Lager von einem (mitunter übergeschnappt großen) Polizeiaufgebot in Empfang genommen wurde. Außerdem sind Flüchtlinge massiv eingeschüchert sowie gezielt desinformiert worden. Im Abschiebelager Bramsche wurden etwa alle Flüchtlinge vor der Tour in größeren Gruppen zum Lagerleiter Bramm einbestellt. Dort wurde ihnen zwar freigestellt, an den Protesten der Tour teilzunehmen, es wurde aber eindringlich davon abgeraten; ja es wurden sogar ausdrücklich Urlaubsscheine für die Tage der Tour ausgestellt (in Abweichung von der ansonsten ja geltenden Residenzpflicht). Darüber hinaus wurde den InsassInnen in Bramsche von verschiedenen MitarbeiterInnen erzählt, dass es sich bei den Tour-AktivistInnen um Neonazis handeln würde, eine Lüge, die zumindest für Verunsicherung gesorgt hat.

Öffentlichkeit herstellen: Lager sind »Orte, die auf keiner Landkarte verzeichnet sind« – heißt es im Aufruf. Es müsse deshalb darum gehen, diese Orte aus ihrer Anonymität zu reißen; nur so könnten die Verhältnisse innerhalb der Lager (inklusive Widerstandspraxen) bekannt gemacht und mit den Protesten von außen öffentlichkeitswirksam kurzgeschlossen werden. In dieser Hinsicht hat die Tour so manches erreicht. Ablesbar war das nicht nur an der intensiven Berichterstattung in der jeweiligen Lokalpresse, sondern auch an mehreren Artikeln in überregionalen Zeitungen sowie fünf Fernsehbeiträgen in den Abendnachrichten der Dritten Programme. In Bramsche ist es mit Hilfe der (konservativen) Osnabrücker Zeitung außerdem gelungen, für einige Tage die Aufmerksamkeit auf den Umstand

zu lenken, dass Bramsche mitnichten eine »Landesaufnahmestelle« ist, wie es die großen Hinweisschilder bereits auf der Autobahn Glauben machen wollen, sondern ein regelrechtes Abschiebelager für 550 Menschen.

Aneignung des öffentlichen Raums

Dass es die Anti-Lager-Action-Tour streckenweise mit außergewöhnlich engagierter Berichterstattung zu tun hatte (inhaltliche Verkürzungen eingeschlossen!), dürfte nicht zuletzt mit dem Gegenstand Lager selbst zu tun haben: Lager sind konkrete Orte; die Gewaltförmigkeit rassistischer Verhältnisse materialisiert sich in ihnen auf krass sichtbare Weise – sichtbarer als z.B. bei Abschiebungen, von denen es gemeinhin kaum aussagekräftige Bilder gibt. Einmal an einem solchen, häufig mitten im nirgendwo gelegenen Ort angekommen, ist es gar nicht so einfach, sich diesem wieder zu entziehen. Das geht JournalistInnen nicht anders als anderen Menschen.

Die Behörden wissen um solche Effekte; sie sind deshalb während und nach der Tour mindestens drei Mal gegen kritische Berichterstattung in den Medien vorgegangen. Ihnen dürfte wahrscheinlich auch das Beispiel Bayern als Schreckgespenst im Nacken gesessen sein: Nachdem sich dort sogar die Kirchen kritisch zu Wort gemeldet hatten, musste nämlich die Landesregierung von ihren ursprünglichen Plänen wieder ablassen, in Bayern flächendeckend Abschiebelager, d.h. so genannte Ausreisezentren, einzuführen. Ausgangspunkt des dortigen Protests ist im übrigen die ausschließlich von der Karawane und anderen linken Gruppen getragene Kampagne gegen das Abschiebelager Fürth gewesen (vgl. www.ausreisezentren.de).

Selbstorganisation unterstützen: Mehrere hundert Flüchtlinge sind im Zuge der Anti-Lager-Action-Tour auf die eine oder andere Weise aktiv geworden: Ob beim Protestfrühstück vor dem Tor in Bramsche oder in der afrikanischen Volksküche auf dem Camp in Crivitz/Tramm, ob auf Kundgebungen vor den Lagern oder an offenen Mikrofonen in den Innenstädten, ob durch punktuelle oder kontinuierliche Beteiligung, überall haben Flüchtlinge das Wort ergriffen, haben von alltäglichen Entrechtungserfahrungen und ihrem Widerstand dagegen berichtet. Nicht nur kurzfristig konnte so dem Lagerregime eine Praxis von Selbstbehauptung und Aneignung des öffentlichen Raums entgegengesetzt werden; zumindest in Parchim (wo die InsassInnen von Tramm mittlerweile leben) dauern die Proteste bis heute an – von den ohnehin aktiven Flüchtlingsselfstorganisationen ganz zu schweigen.

Und doch: Es sollte nicht aus dem Blick geraten, dass die Behörden mit ihren repressiven Einschüchterungsstrategien durchaus erfolgreich gewesen sind. Bereits das riesige, in Bramsche und Tramm sogar auf dem Lagergelände selbst

stationierte Polizeiaufgebot hat nicht wenige Flüchtlinge davor zurückschrecken lassen, sich der Tour anzuschließen. In diesem Sinne mag es zwar zutreffen, dass Widerstand ohne Inkaufnahme eines gewissen Maßes an Risiko nur schwer zu haben sei, wie insbesondere die betagteren FlüchtlingsaktivistInnen immer wieder betont haben; es sollte aber dennoch darüber nachgedacht werden, wie derartigen Situationen zukünftig (relativ) umsichtiger als auf der Tour begegnet werden könnte.

Aktionstag für Bewegungsfreiheit am 2. April

Handfeste Erfolge erringen: Die Kernforderung der Anti-Lager-Action-Tour war von Beginn an unmissverständlich: »Keine Lager, nicht hier und auch nicht anderswo!« Erwartungsgemäß ist es im Zuge der Tour nicht zur Schließung irgendwelcher Lager gekommen. Erfolge konnten indes im Kleinen errungen werden, insbesondere in Bramsche. Dort hatten ja bereits in den Wochen und Monaten vor der Tour Flüchtlinge – vornehmlich tschetschenische Familien – eigene Proteste organisiert, unter anderem ist es zu zwei Torblockaden gekommen, die jeweils von einem regen Medienecho begleitet waren. Mit direktem Blick auf die bevorstehende Tour hatten sich die Behörden schließlich entschieden, den Forderungen der Familien zumindest teilweise nachzukommen. Die meisten von ihnen wurden noch vor der Tour auf private Wohnungen umverteilt. Dieser Erfolg ist nicht zu unterschätzen, auch wenn es aus Sicht der Behörden lediglich darum gegangen ist, das Konfliktlevel etwas herunter zu schrauben. Immerhin zeigt dieser Erfolg, dass die Behörden druckempfindlich sind – spätestens wenn sich lokale mit überregionalen Protesten zu verknüpfen drohen.

Am 2. April 2005 findet ein auf dem Europäischen Sozialforum in London beschlossener Aktionstag für »Bewegungsfreiheit« und »Legalisierung« statt. Das Anti-Lager-Tour-Netzwerk wird wohl mit von der Partie sein. Angedacht ist derzeit, einigen Lagern in Brandenburg die Aufwartung zu machen. In diesem Kontext gilt es außerdem, (praktische) Antworten auf diverse, zum Teil noch vom Sommer übrig gebliebene Fragen und Probleme zu finden:

Viele AktivistInnen aus dem Anti-Lager-Tour-Netzwerk sind akut von Abschiebung bedroht. Es sind also in nächster Zeit erhebliche kollektive Anstrengungen erforderlich – als eine entscheidende Voraussetzung dafür, um überhaupt mit gemeinsamen Aktionen fortfahren zu können.

Obwohl es eines der Top-Themen im Sommer gewesen ist, ist der von der Anti-Lager-Action-Tour vorgenommene Brückenschlag zwischen Lagerpolitik in Deutschland und der Diskussion über Lager in Afrika seinerzeit von den Medien schlicht ignoriert worden. Diese Scharte gilt es auszuwetzen, zumal die aktuelle Entwicklung in Libyen zeigt, wohin die Reise in Sachen Lager gehen soll.

Unter dem Titel »Sonst frisst der Löwe alle« ist in der vierseitigen Zeitung der Anti-Lager-Action-Tour dargelegt worden, inwieweit die aktuelle Verschärfung des weltweiten Lagerregimes eng mit dem derzeit ebenfalls global forcierten Ausbau prekarierteter Arbeits- und Lebensverhältnisse verschränkt ist. Bedauerlicherweise hat sich diese Einsicht während der Tour noch nicht in entsprechenden Bündnissen niedergeschlagen. Das darf auf gar keinen Fall so bleiben!

Während der Tour ist immer wieder die Frage aufgeworfen worden – vor allem seitens der FlüchtlingsaktivistInnen – inwieweit es politisch angesagt sei, terminologische oder inhaltliche Bezüge zwischen derzeitigen Flüchtlingslagern und den Lagern der Nazis herzustellen. Die diesbezüglichen Debatten sind noch in vollem Gange.

Aus: ak – analyse+ kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis /Nr. 492 /18.2.2005



Mai 2005

Aktion im Hafen von Hamburg, am 26. Tag der Internierung von kurdischen Flüchtlingen auf der griechischen Insel Santorin. Die Boat People waren nach ihrer Ankunft auf der griechischen Insel in ein Gebäude ohne Tageslicht eingesperrt worden, das vorübergehend zum Lager erklärt wurde – ohne Kontakt und die Möglichkeit, an die Luft zu gehen.

Auf dem Transparent steht auf griechisch: »Freiheit für die Kurden auf Santorin.« Die Wasserschutzpolizei in Hamburg, die die Barkasse festnahm und das andere Transparent beschlagnahmte, ließ dieses hängen mit der Begründung, dass es sowieso keiner lesen könne. Das Foto wurde dann bei indymedia Athen von über 400 Menschen angesehen.

Marilyn Stroux

Proteste gegen Abschiebehelfer Dubiose Delegation aus Guinea in Hamburg

Ein Beispiel dafür, wie die Kooperation zwischen deutschen Behörden, EU und Herkunftsstaaten von Flüchtlingen zum »Kampf gegen illegale Einwanderung« funktioniert, aber auch, welchen Widerstand es dagegen gibt, sind die sogenannten »Botschaftsanhörungen« in Hamburg, die in der letzten Zeit nicht mehr mit Vertretern der Botschaften, sondern mit Delegationen aus dem jeweiligen Land stattfanden – zum ersten Mal im Jahr 2002 aus Burkina Faso und im März 2005 aus Guinea-Conakry.

Fast 400 westafrikanische Flüchtlinge aus ganz Deutschland waren zwischen dem 7. und dem 17.3.05 in Hamburg zur »Vorsprache bei der Ausländerbehörde und dort bei der guineischen Delegation zur Ausstellung eines Heimreisedokuments bzw. zur Identitätsfeststellung« vorgeladen. Bei Nichterscheinen wurde die zwangsweise Vorführung und die Abschiebung ohne erneute Ankündigung angedroht.

Für die Ausstellung von Identitätspapieren ist eigentlich die Botschaft des jeweiligen Herkunftslands zuständig. Um die diplomatischen Vertretungen dazu zu bewegen, die Abschiebung passloser Flüchtlinge möglich zu machen, hat die Ausländerbehörde Hamburg seit 1999 mehr als 25 sogenannte »Botschaftsanhörungen« veranstaltet, bei denen reichlich deutsche Steuergelder flossen für die Ausstellung von Passersatzpapieren, Reisekosten, Musicalbesuch und ähnliche »Anreize« für die angereisten Vertreter vor allem afrikanischer Staaten. Damals gab es massenhafte Proteste von Flüchtlingen vor der Ausländerbehörde sowie eine Demonstration vor verschiedenen Botschaften in Bonn gegen deren Kollaboration mit den deutschen Abschiebebehörden. Die guineische Botschaft, die im November 1999 in der Hamburger Ausländerbehörde residierte, hat nach Meinung der Behörden in den letzten Jahren nicht genug Flüchtlinge als Guineer/-innen identifiziert und mit Reisepapieren ausgestattet, so dass sie bisher nicht abgeschoben werden konnten.

Deshalb wurde jetzt eine Delegation direkt aus Guinea eingeladen, deren Legitimation, Identitätspapiere auszustellen, mehr als fraglich ist. Die guineische Botschaft war nicht beteiligt und distanzierte sich von den Verhören. Proteste gegen die rechtswidrige Einladung der nicht einmal der Botschaft namentlich bekannten Delegation haben in Guinea Debatten bis auf Regierungsebene ausgelöst und deren Abreise verzögert. Aber es überwog dann wohl der Druck von Seiten

der deutschen Behörden (eine Mitarbeiterin der Hamburger Ausländerbehörde wurde eigens dafür nach Guinea entsandt). Und auch Geld lockte, sowohl für die Delegationsmitglieder persönlich als auch für die Staatskassen des korrupten Landes: Innensenator Nagel soll laut guineischen Presseberichten die Unterzeichnung von Kooperationsverträgen versprochen haben, wenn die Delegation den Hamburger Behörden bei der Steigerung der Abschiebezahlen behilflich ist. Auf Nachfrage dementierte die Innenbehörde diese Meldung. Zeitgleich mit den Hamburger Anhörungen hielt sich allerdings eine Delegation der EU in Guinea auf, und am 23.3.05 wurde in guineischen Medien gemeldet, sie sei zufrieden mit der dortigen Entwicklung der Demokratie. Pressefreiheit sei gewährleistet, Korruption werde bekämpft. Am 6. April war zu lesen, dass die EU jetzt Guinea für 93 Millionen Euro Projekte finanzieren wird, u.a. im Straßenbau. Dass die guineische Delegation in Hamburg einen großen Teil der Vorgeladenen als GuineerInnen identifizierte und damit zur Abschiebung freigab sowie einen weiteren Besuch der Ausländerbehörden-Vertreterin in Conakry und Anhörungen im August in Nordrhein-Westfalen ankündigte, ist als Hintergrund dafür sehr viel plausibler als dass die guineische Regierung plötzlich einen demokratischen Wandel eingeleitet hätte.

Tatsächlich existiert Demokratie in Guinea allenfalls auf dem Papier, und abgeschobene Flüchtlinge müssen Haft oder gar den Tod fürchten – so wie mindestens sieben Guineer, die 1999 beim ersten Abschiebeversuch von BGS-Begleitern brutal misshandelt wurden und nach der zweiten Abschiebung in Guinea spurlos verschwanden. Der guineische Präsident, Lansana Conté, der am 19.1.05 nur knapp einem Attentat entging, hat am 9.3.05 – vermutlich im Zusammenhang mit der Suche nach den Schuldigen für den angeblichen Putschversuch – drei Minister abgesetzt, darunter auch die Vorgesetzten der vier Delegationsmitglieder. Eine offizielle Begründung wurde nicht genannt. Vorher wurden bereits willkürlich Dutzende von Menschen, u.a. bekannte Journalisten und Anwälte, verhaftet. Einer der Festgenommenen, ein islamischer Geistlicher, starb in Haft unter Folter. Trotz Ressourcenreichtum (u.a. Bauxit) lebt der größte Teil der guineischen Bevölkerung in extremer Armut. Die Lebenserwartung beträgt 47 Jahre, und die Kindersterblichkeit ist eine der höchsten des Kontinents.

Der Ablauf der Verhöre in Hamburg hatte mit rechtsstaatlichen Verfahren nichts zu tun. »Ich kam mir vor wie in einer südamerikanischen Diktatur!« äußerte ein Rechtsanwalt, der am 10.3.05 einen Mandanten zu einer Anhörung begleitete. Die Ausländerbehörde war voller Polizei. »Die Beamt/-innen trugen alle Kampfanzüge und schwere Stiefel sowie Waffen«. Vor dem Verhör wurde der Flüchtling von Uniformierten mit Gummihandschuhen bis auf die Unterhose durchsucht und fotografiert, ohne dass der Anwalt dabei sein durfte. Die Delegation stellte sich nicht vor. »Drei der Männer trugen schwarze Sonnenbril-

len. [...] Der Disput der schwarzen Herren ging darum, dass man sich empörte, mit der Behörde sei das Erscheinen von Anwälten nicht abgesprochen« (Vollständiger Bericht sowie weitere Informationen auf www.fluechtlingsrat-hamburg.de). Die Ausländerbehörde, die die Vorladungen organisiert hatte, reagierte auf öffentliche Kritik mit der Behauptung, mit dem Verlauf der Anhörungen habe sie nichts zu tun, da es sich hierbei um »hoheitliche Aufgaben des Staates Guinea« handele.

Während der zwei Wochen haben fast täglich mehr als hundert Flüchtlinge und UnterstützerInnen mit Kundgebungen vor der Hamburger Ausländerbehörde und zweimal auch mit Demonstrationen in der Innenstadt gegen die dubiose Delegation und die drohenden Abschiebungen protestiert. Die aus jungen Flüchtlingen bestehende Theatergruppe Hajusom!, von der zwei Mitglieder ebenfalls vorgeladen waren, mobilisierte mehr als 100 KünstlerInnen für einen Appell gegen Abschiebungen und intervenierte mit künstlerischen Darbietungen, u. a. im Schauspielhaus. Wann und wie die als GuineerInnen Identifizierten abgeschoben werden, ist bisher noch unklar, da Behörde und Delegation sich in Schweigen hüllen.

Marokko: Alarmierende Situation in den Lagern von Bel Younech

Hunderte von MigrantInnen, die mehrheitlich aus Afrika südlich der Sahara kommen, sind festgenommen und abgeschoben worden. Einige haben ausgesagt, dass die Sicherheitskräfte bei ihrer Festnahme einen übertriebenen Gebrauch von Gewalt gemacht haben; andere haben beklagt, in Haft gefoltert oder misshandelt worden zu sein. Zwei Nigerianer waren im April durch die Sicherheitskräfte in der Nähe der Grenze zur spanischen Enklave Melilla erschossen worden. Die Behörden haben eine Untersuchung eingeleitet.

Die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zur Menschenrechtssituation von MigrantInnen hat im Januar einen Bericht veröffentlicht, abgefasst nach einem Besuch in Marokko im Oktober 2003. Sie hat ihre Besorgnis über die Situation von MigrantInnen aus Ländern südlich der Sahara zum Ausdruck gebracht, die unter *»erbärmlichen Bedingungen leben«*. Sie hat darauf aufmerksam gemacht, dass *»viele unter ihnen, die aus ihren sich in Konflikten befindenden Ländern geflohen sind, nicht immer die Garantie haben, im materiellen Sinn den Schutz des Flüchtlingsstatus' zu erhalten und ihre Anträge prüfen lassen zu können, bevor sie zur Grenze zurückbegleitet werden.«* (Auszug aus dem Bericht 2005 von amnesty international, <http://web.amnesty.org/report2005/mar-summary-fra>)

Im Mai wurden nach der Schließung des Lagers von Gourougou (im Nordosten) durch das Militär weitere Razzien und Zurückschiebungen durchgeführt. Heute ist das Lager von Bel Younech (im Norden) an der Reihe, wo die MigrantInnen versteckt im Wald unter unmenschlichen Bedingungen leben und die Behörden den Druck erhöhen, um sie zu vertreiben. Mehrere Hilfs-Aufrufe sind bei Organisationen und MenschenrechtsaktivistInnen angekommen – sie haben entschieden, zu reagieren.

Wir bitten Euch / Sie, den nachfolgenden Appell zu unterschreiben und über Eure Netzwerk zu verbreiten! Mobilisieren wir uns, damit die Respektierung der Menschenwürde kein hohles Wort bleibt!

Ein kleines Stück vom europäischen Traum

»Wir sind ganz normale Leute. Alles was wir fordern, ist ein normales Leben, arbeiten, eine Familie gründen ...«

Mit diesen Worten drückt sich Roland aus, einer der zahlreichen Migranten von südlich der Sahara, die an den Grenzen Europas blockiert werden, im Wald von Bel Younech, im Norden Marokkos, einige Kilometer entfernt von der spanischen Enklave Ceuta. Roland ist diplomierter Kaufmann und besitzt auch ein Zeichner-Diplom. Er hat schon zahlreiche Entwürfe realisiert für ein Cartoon-Projekt. Neben ihm andere junge Männer mit Diplomen, frühere Beamte oder Angestellte von Unternehmen, frühere Händler, Studenten, ruhige, ausgeglichene Leute. Es gibt auch Frauen und Kinder, und einige ältere Männer. Sie wurden alle gezwungen, ihre Länder zu verlassen, sei es weil sie in Gefahr waren, sei es weil sie Mittel suchen mussten, um ihre Familie am Leben zu erhalten. Weil das Exil nie eine Wahl ist, sondern die letzte Möglichkeit zu überleben für diese Männer und Frauen, die sich heute verstecken.

Aber Europa hat seine Tore geschlossen, und in Marokko warten sie auf eine bessere Zukunft, unter erbärmlichen Lebensbedingungen.

Mit dem Ziel, diese Männer und Frauen auf der Suche nach einem einfachen menschlichen Glück weiter weg zurückzuschieben, übt Europa seit einigen Jahren erheblichen Druck aus auf die an die EU angrenzenden Länder, wie z. B. Marokko. Um die Forderungen der europäischen Regierungen zu erfüllen, hat Marokko akzeptiert, seine externen Grenzen zu überwachen und besonders repressiven Eifer bewiesen gegen diese harmlosen zivilen Bevölkerungsgruppen. Im Februar haben die Ordnungskräfte den Eingang zum Wald, der zu den Lagern von Bel Younech führt, blockiert und so die Leute an freiem Ausgang und Zugang zum nächsten Dorf gehindert, wo sie normalerweise hingingen, um sich Essen und Trinken zu besorgen.

Trotz der Aufhebung dieser täglichen Überwachung wurden die Durchkämmungs-Operationen im Mai wieder aufgenommen. Diese Razzien sind generell begleitet von Festnahmen, Diebstahl von Nahrungsmitteln, Plünderung von Hütten, Gewalt gegen und Verletzungen der geflüchteten Personen, die in die Berge stürzen, um zu versuchen zu entkommen. Diejenigen, die festgenommen werden, werden in Richtung der algerischen Grenze zurückgeschoben, ohne die geringste Berücksichtigung ihrer Rechte, ihres Herkunftslandes und dessen, was mit ihnen geschehen wird.

Bei dieser Hetzjagd sind alle Mittel erlaubt. Vergessen sind die schönen Reden über Menschenrechte. Diese Rechte gelten nur für die Menschen, die ein

Schengen-Visum haben. Die andern sind ein bisschen weniger als Menschen, sie sind Freiwild, Kriminelle, die man zurückweisen, kontrollieren, abschieben, einsperren muss.

Die Verantwortung für diese Razzien und Zurückschiebungen obliegt sicher den marokkanischen Behörden, aber es ist auch eine Entscheidung Europas. Menschen werden verletzt, ausgehungert, andere sterben durch Ertrinken vor den spanischen Küsten oder unter den Achsen eines LKWs. Das ist die Entscheidung der europäischen Regierungen.

Wir fordern die sofortige Beendigung der Razzien und die Respektierung der grundlegenden Menschenrechte der Personen, die im Wald von Bel Younech Zuflucht gesucht haben. Wir wollen, dass die marokkanischen und europäischen BürgerInnen sich den sowohl unmenschlichen als auch illusorischen Charakter dieser Politik ins Bewusstsein rufen, die Immigration nur unter dem Blickwinkel der Repression betrachtet. Wir rufen sie auf, mit uns zu handeln, um wissen zu lassen, dass diese Repression, diese Verachtung, nicht in ihrem Namen entschieden wurden.

Marokko, Mai 2005

*Kontakt: Marokko: programme_migrants@yahoo.fr; Spanien: andalucia@apdba.org;
Frankreich: national@atmf.org; contact@cimade.org; Belgien: serge_noel1@hotmail.com*

Übersetzung aus dem Französischen: Cornelia Gunßer

Aufruf gegen die Errichtung von Lagern an den Grenzen Europas

Beim Treffen der EU-Innenminister am 1. Oktober 2004 scheint der Vorschlag an Zustimmung gewonnen zu haben, außerhalb der Grenzen der EU Zentren zur Bearbeitung von Asylanträgen einzurichten – ein Vorschlag, dessen Behandlung beim Europäischen Rat in Thessaloniki 2003 zunächst auf Eis gelegt worden war.

Diplomatisch spricht man von »Unterstützungszentren«, verfolgt jedoch konkret das Ziel, Lager in an die EU angrenzenden Ländern zu errichten. Ausländer, die nach Europa einreisen wollen – um hier Asyl zu beantragen oder aus anderen Gründen, z.B. auf der Suche nach Schutz oder nach einem besseren Leben – würden dann in diese Zentren eingewiesen oder dort festgehalten. Es hat den Anschein, als seien zu diesem Zweck bereits nicht unwesentliche Finanzmittel im Prinzip bewilligt worden.

Laut den Aussagen mancher EU-Politiker soll die bereits außerhalb der Union erfolgende Bearbeitung von Asylanträgen humanitäre Probleme bekämpfen. Um das Leben der Menschen zu retten, die jede Woche versuchen, Europas Küsten zu erreichen, sei es besser, sie in Lagern auf der anderen Seite des Mittelmeeres festzuhalten.

Eine Verwirklichung dieses Vorschlags würde einen nie dagewesenen Rückschritt darin bedeuten, wie Europa seine Verantwortung gegenüber denjenigen Menschen wahrzunehmen versucht, die vor Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und Armut fliehen. Dies wäre die Fortsetzung einer zynischen Logik, die Europa in den letzten zehn Jahren vor den Opfern einer problematischen Weltlage zu schützen versucht hat, statt die grundlegenden Ursachen der erzwungenen Migration zu bekämpfen. Wir würden das Risiko eingehen, Flüchtlingslager zu errichten, die dunkle Erinnerungen an die Lager der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts oder, in jüngerer Vergangenheit, während des Krieges in Bosnien wachrufen würden.

Am 5. November 2004 werden die 25 EU-Staats- und Regierungschefs Entscheidungen über die Zukunft der europäischen Migrations- und Asylpolitik treffen müssen. Ihre Entscheidungen betreffen uns alle. Das Europa, das wir wollen, kann seine Verantwortung nicht leugnen, denn schließlich hat die EU verschiedene einschlägige internationale Abkommen und Verträge unterzeichnet (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Genfer Konvention, Europäische Menschenrechtskonvention). Das Europa, das wir wollen, muss dieser orientierungslosen

Vorgehensweise bei der Behandlung von Asylsuchenden und MigrantInnen ein Ende setzen.

Wir lehnen Lager an den Grenzen Europas ab. Wir möchten die Staats- und Regierungschefs auffordern, diese entschlossen zurückzuweisen. Wir fordern, dass die EU in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des internationalen Rechts den Zugang zu Schutz erleichtert, statt die Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen auf andere Länder abzuschieben.

12. Oktober 2004

ErstunterzeichnerInnen: CCME (Kommission der Kirchen für Migranten in Europa), FIDH-AE (European Association for the Defence of Human Rights), FIDH (International Federation for Human Rights), Human Rights Watch; Deutschland: Pro-Asyl; Belgien: LDH (Ligue belge des droits de l'Homme), MRAX (Mouvement contre le Racisme l'Antisémitisme et la Xénophobie); Großbritannien: JCWI (Joint Council for the Welfare of Immigrants), Liberty; Spanien: APDHA (Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía), SOS-Racismo; Frankreich: Cimade, GISTI, LDH (Ligue des Droits de l'Homme); Italien: ARCI, FCEI (Federazione delle Chiese Evangeliche in Italia).

*Einige diese Organisationen sind am Netzwerk MIGREUROP beteiligt.
Unterstützt von Mitgliedern des Europäischen Parlaments: Daniel Cohn-Bendit (Grüne), Hélène Flautre (Grüne), Adeline Hazan (SPE)
Email: no-camps@migreurop.org*

Internationaler Appell Exterritoriale Flüchtlingslager der Europäischen Union

Wir fordern eine öffentliche Inspektion der menschenrechtswidrigen Internierungslager von Flüchtlingen und MigrantInnen in den Mittelmeerländern, um der Forderung nach ihrer Schließung Nachdruck zu verleihen.

Worum geht es? Die EU wird im dritten Anlauf voraussichtlich im Mai 2005 sondieren, ob sie in Nordafrika exterritoriale Flüchtlingslager errichten kann. Der deutsche Innenminister Otto Schily will die Regierungen Algeriens, Tunesiens, Libyens und Ägyptens besuchen, um frühere »Missverständnisse« in dieser Sache auszuräumen. Denn bis jetzt sind die Regierungen dieser Länder nicht bereit, auf einen Wink aus Berlin, Rom oder London hin, den Bau von EU-Lagern auf nordafrikanischem Territorium zu genehmigen. In Zeitungskomentaren hieß es dort sarkastisch, Deutschland sei als »Weltmeister« im Bau von Lagern bekannt, und dieses Know-How brauche es nun wirklich nicht zu exportieren. Die Idee, Flüchtlingslager zu externalisieren, hatte Tony Blair zu Beginn des Irakkriegs (2003) aufgebracht. Die EU-Länder sollten Asylsuchende zurück in Lager vor den EU-Außengrenzen bringen. Einige wenige Flüchtlinge könnte man dort ausliefern, die dann kontingentiert in die EU einreisen dürften. Im letzten Sommer (2004) hatte Giuseppe Pisanu, der italienische Innenminister, mit Otto Schily die Lager-Idee aufgegriffen, um von der EU-Verantwortung für den tausendfachen Tod von Boat-People im Mittelmeer abzulenken. Der neue Vorstoß Schilys im Mai 2005 wird vermutlich im Namen der »globalen Terrorismusbekämpfung« geführt werden. Denn die europäische Sicherheitsdoktrin unterstellt, dass es dieselben nordafrikanischen Netzwerke seien, über die der Terror und die Boat-People-Migration organisiert werden.

Zahlreiche Initiativen und Personen haben in einem europaweiten Appell vom 12.10.2004 bereits gefordert, die exterritorialen EU-Lager zu schließen beziehungsweise keine weiteren Lager zu errichten (siehe <http://no-camps.org/>). Da Menschenrechtsgruppen der Zugang zu solchen Lagern verwehrt ist und einige Indizien dafür sprechen, dass dennoch heimlich Lager entstehen, ist es nun an der Zeit, die bestehenden Lager und Haftzentren rund ums Mittelmeer öffentlich zu inspizieren.

Boat People im Fahndungsvisier. Ein senegalesischer oder algerischer Flüchtling braucht nicht allzu viel Geld, aber viel Entschlossenheit, um auf eines der Holzboote (pateras) zu steigen, das ihn nach Europa bringen soll. Dieser Wagemut, mit dem die Armen ihr Leben riskieren, entfacht in Europa diffuse Ängste. Seit der Errichtung des Visaregimes gegenüber den nordafrikanischen Ländern (1992) sind schätzungsweise 10.000 Boat-People im Mittelmeer umgekommen. Jedoch nicht die Frage der Wiedergutmachung wird diskutiert, oder, wer für den massenhaften Tod auf See verantwortlich ist, sondern der volkswirtschaftliche »Schaden«, den die Boat-People bei gelungener Überfahrt in der EU anrichten.

Nach offiziellen Angaben machen die Boat People nur einen sehr kleinen Prozentsatz der schätzungsweise 500.000 Menschen aus, die Jahr für Jahr heimlich und unerlaubt die EU-Südgrenze passieren. Es sind die »Armen«, die sich der Gefahr der riskanten Meerüberquerung aussetzen. Wer es sich leisten kann, kauft sich einen gut gefälschten Pass und nimmt ein Flugzeug. Oder er nutzt seine Verbindungen zu Verwandten und Bekannten in Europa und setzt mit einer der großen Autofähren über. So ist im Fall der Begüterten und Etablierten die irreguläre Migration ein aufwändiges Geschäft, und es wird behauptet, dass »kriminelle Netzwerke« das Wegegeld zentral abschöpfen. Diese Netzwerke haben sich jedoch bereits in Osteuropa überwiegend als polizeiliche Konstrukte erwiesen. Als kriminell wird jeweils das diffamiert, was den menschenrechtlich verkürzten Legalitätsformen der europäischen Migrationspolitik zuwider läuft.

Das Grenzregime, das die Migration in die »Illegalität« treibt, entspricht europäischen Wirtschafts- und Verwertungsinteressen. Innerhalb Europas wurde der Arbeitsmarkt mit den Irregulären unterschichtet. Die Abschottungsmaßnahmen der EU markieren gerade in der Mittelmeerregion ein stark abschüssiges Wohlstandsgefälle. Mit dem Visaregime haben die europäischen Innenpolitiker selber die Voraussetzungen geschaffen, die vielen Flüchtlingen und MigrantInnen nur die Möglichkeit lassen, heimlich das Mittelmeer zu überqueren. Schrittweise Reiseerleichterungen in der Sichtvermerkspolitik, wie sie die EU gegenüber Mittelosteuropa eingeräumt hat, gibt es gegenüber den Ländern des Südens nicht. Dabei haben viele nordafrikanischen Staaten mit den westeuropäischen Ländern die gleichen folgenschweren Rückübernahmeabkommen abgeschlossen, sie fahnden ebenfalls nach Transitflüchtlingen und schieben sie in großem Ausmaß ab. Im Gegenzug haben Spanien und Italien lediglich der Einreise minimaler legaler Arbeitskontingente aus ausgesuchten nordafrikanischen Ländern zugestimmt. Insgesamt bleiben Gegenleistungen der EU für das migrationspolitische Entgegenkommen der nordafrikanischen Staaten aus oder finden allenfalls auf dem Energiesektor statt (Investitionen in die nordafrikanische Erdöl- und Erdgasförderung). So scheint die Servilität der nordafrikanischen Regierungen in der Frage der exterritorialen EU-Flüchtlingslager an ihre Grenzen zu stoßen.

Doch die Hartnäckigkeit der dortigen Regimes ist nicht von prinzipiellen menschenrechtlichen, flüchtlingspolitischen oder Lager-feindlichen Erwägungen geleitet. Deswegen wird es in Zukunft um die Frage gehen, wie viel finanzielle und politische Gegenleistungen die EU für die Errichtung der Lager bereit ist zu erbringen.

Die heimliche Infrastruktur der exterritorialen Lager. Seit zwei, drei Jahren entstehen die größten Abschiebelager der EU auf den Kanarischen Inseln, in Spanien und auf den süditalienischen Inseln. Sie werden paramilitärisch bewacht und sind für den UNHCR, für Menschenrechtsgruppen und JournalistInnen nahezu unzugänglich. Diese Lager bilden die organisatorische Voraussetzung für Massenabschiebungen in zukünftige Lager in Nordafrika. Die erste Luftbrücke für Massenabschiebungen in der europäischen Nachkriegsgeschichte wurde im Oktober 2004 eingerichtet: Unter militärischem Befehl wurden über eintausend Flüchtlinge ohne Ansehen ihrer Person, ohne individuelle Identifizierung und Prüfung ihrer Fluchtgründe, aus Süditalien nach Libyen deportiert. Dies stellte einen eklatanten Bruch der Genfer Konvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention dar.

Zur gleichen Zeit versicherte der designierte, später abgelehnte EU-Kommissar für das Innen- und Justizressort(!) Rocco Buttiglione bei seiner Anhörung vor dem Europäischen Parlament, er habe niemals vorgeschlagen, »Konzentrationslager in Nordafrika einzurichten, um illegale Immigranten dorthin zu deportieren« und er beabsichtige auch nicht, so etwas vorzuschlagen (Protokoll des Hearings, Handelsblatt, 5. Oktober 2004). Buttiglione war von einigen ParlamentarierInnen scharf angegangen worden, weil er zuvor in verschiedenen Interviews (u. a. im Deutschlandfunk – 27. August 2004) die Lager visionen eine »gute Idee« genannt hatte. Buttiglione präziserte seine Vorstellungen von »Aufnahmezentren« dahingehend, dass diese nur mit Zustimmung und unter Mitarbeit der souveränen Staaten auf der anderen Seite des Mittelmeeres eingerichtet werden sollten. Sie könnten zugleich dazu dienen, die erwünschte Arbeitsmigration nach Europa auszusondern (vgl. Die Welt, 31. August 2004; Frankfurter Rundschau, 6. Oktober 2004).

Der Vorschlag, exterritoriale EU-Lager einzurichten, hat in Europa Proteststürme ausgelöst. Die nordafrikanischen Regierungen haben zudem keine Ländereien für künftige EU-Auffangzentren (Schily. FAZ, 23.07.2004) bereitgestellt. Dennoch wird Stück für Stück an der Idee gearbeitet, diese Lager zu realisieren, auch wenn in offiziellen Erklärungen dies immer wieder dementiert wird: So haben die Justiz- und Innenminister der EU auf ihrem informellen Treffen am 30.9. / 1.10.2004 in Scheveningen verkündet, dass die EU die Errichtung von »Aufnahmezentren für Asylbewerber« in Algerien, Tunesien, Marokko,

Mauretanien und Libyen anstrebt, aber nicht unter Leitung der EU, sondern der jeweiligen Länder. Und am 31.01.2005 hieß es aus Kreisen der EU-Innenministerkonferenz in Luxemburg, dass die Idee exterritorialer Lager »beerdigt« sei. Man wolle wegen der Boat-People im Mittelmeer künftig einige ausgesuchte Kontingentflüchtlinge aus Nordafrika aufnehmen.

Wie die Lager-Visionen dennoch zur Realität werden können, lässt sich an den exterritorialen Lagern und Haftzentren studieren, die die USA zwecks Folterhaft auch in einigen nordafrikanischen Ländern unterhalten (vgl. Jane Mayer, *Outsourcing Torture*, in: *The New Yorker*, 14. Februar 2005): Heimlich werden die Infrastrukturen – die Gefängnisse, die Flughäfen, die Foltereinrichtungen und das Folterpersonal – mitgenutzt, die ohnehin in den Ländern vorhanden sind.

Auch bei der Errichtung von EU-externalisierten Flüchtlingslagern wird es vermutlich keine Werbetafeln geben, auf den geschrieben steht: »Hier baut die EU!« Die Konzeption der exterritorialen Lager setzt stattdessen auf gedungene Komplizenschaft. Zugleich sollen die nordafrikanischen Transitstaaten in »geeignete Erstasystaaten« umgewandelt werden. Dies geschieht unter der menschenrechtlich unverdächtigen Strategie, den Flüchtlingsschutz außerhalb Europas zu stärken. Wie auch immer die europäischen Lagervisionen rechtlich und materiell verwirklicht werden: Für die Lagerinsassen werden weder Grundrechte noch Rechtswegegarantie gelten (Schily, SZ, 02.08.2004), und man wird auch die Spuren der Finanzierung, der Verwaltungszuständigkeit und der Verantwortung zu verwischen wissen.

Nicht erst nach den italienischen Massenabschiebungen nach Libyen im Oktober 2004 tauchten beunruhigende Berichte über Kettenabschiebungen nach Mali, Niger, Nigeria und Ghana auf: Flüchtlinge, die aus südeuropäischen Ländern abgeschoben worden waren, berichteten von militärisch genutzten Wüstenlagern nordafrikanischer Länder, in denen auch sie dann zeitweise interniert waren. Anschließend wurden sie in Grenzregionen in der Sahara ausgesetzt. Viele MigrantInnen hätten diese Maßnahmen nicht überlebt, sie seien zusammengebrochen und verdurstet.

Zu befürchten ist: Sind die exterritorialen Lager erst einmal institutionalisiert, wird die Luft für Flüchtlinge und irreguläre MigrantInnen innerhalb Europas noch dünner. Der Druck auf die unkontrollierte Migration wird sich folgenswer erhöhen. Der weitreichende Vorschlag von Tony Blair sieht, wie gesagt, die Verbringung aller Asylsuchenden zurück hinter die EU-Außengrenze vor. Gibt es diese Kapazitäten, so werden sie auch genutzt – und ein Europa der umfassenden Bevölkerungskontrolle wäre die Folge, zu dem nur noch angeworbene und ausgelesene MigrantInnen und Flüchtlinge Zutritt hätten.

Deswegen fordern wir, dass Delegationen von nationalen und EU-ParlamentarierInnen und Menschenrechtsgruppen aus der EU und aus den nordafrika-

nischen Ländern die Regionen der exterritorialen Lager und der EU-finanzierten und externalisierten Haftzentren auf den Migrationsrouten so bald wie möglich aufsuchen und auf ihre Schließung hinwirken. Auf der Agenda steht sowohl die Inspektion der großen Abschiebelager in Südspanien und Süditalien als auch der Wüstenlager. Es gilt, eine kritische Öffentlichkeit gegenüber den menschenrechtswidrigen Lagerstrategien am Rande Europas zu schaffen und die sich abzeichnende Lagerbau-Komplizenschaft bloßzustellen.

Berlin / Köln im März 2005

*Helmut Dietrich / Forschungsgesellschaft Flucht und Migration
Dirk Vogelskamp / Komitee für Grundrechte und Demokratie*

Unterstützung des Aufrufs: *Wir wollen uns mit diesem Aufruf in diesem Sommer an die europäische Öffentlichkeit wenden und ihn den nationalen und EU-ParlamentarierInnen zukommen lassen. Bitte verbreitet den Aufruf. Übersetzungen unter http://www.grundrechtekomitee.de/ub_showarticle.php?articleID=151 . Menschen, die wirkend in der Öffentlichkeit stehen und bereit wären, eine solche Delegation, so sie zustande kommt, werbend zu begleiten, melden sich bitte ebenfalls unter Angabe ihrer Anschrift und eMail-Adresse beim Komitee für Grundrechte und Demokratie.*

*email: info@grundrechtekomitee.de
appell@grundrechtekomitee.de*

Statement calling for Solutions to end the Warehousing of Refugees

The 1951 Convention and the 1967 Protocol Relating to the Status of Refugees provide that persons fleeing persecution across borders deserve international protection, including freedom from forcible return (refoulement) and basic rights necessary for refugees to live a free, dignified, and self-reliant life even while they remain refugees. These rights include the rights to earn a livelihood to engage in wage-employment, self-employment, the practice of professions, and the ownership of property freedom of movement and residence, and the issuance of travel documents. These rights are applicable to refugees independently of whether a durable solution, such as voluntary repatriation, third-country resettlement, or naturalization in the country of first asylum, is available. They are part of the protection mandate of the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR). Of the nearly 12 million refugees in the world today, more than 7 million are warehoused, confined to camps or segregated settlements or otherwise deprived of these basic rights, in situations lasting 10 years or more. Warehousing refugees not only violates their rights but also often reduces refugees to enforced idleness, dependency, and despair. In light of the foregoing, the undersigned:

1. denounce the practice of warehousing refugees as a denial of rights in violation of the letter and spirit of the 1951 Convention and 1967 Protocol and call upon the international community, including donor countries, host countries and members of the Executive Committee of UNHCR to do the same;
2. call upon the international community to develop and implement strategies to end the practice of warehousing, including examining how refugee assistance can enable the greater enjoyment of Convention rights;
3. call upon UNHCR to monitor refugee situations more effectively for the realization of all the rights of refugees under the Convention, including those related to freedom of movement and the right to earn a livelihood;
4. call upon those countries that have not yet ratified the Convention or the Protocol to do so;
5. call upon those countries that have ratified the Convention and/or the Protocol but have done so with reservations on key articles pertaining to

the right to work and freedom of movement to remove those reservations;
and

6. call upon all countries to pass legislation, promulgate policies, and implement programs providing for the full enjoyment of the basic rights of refugees as set forth in the Convention.

March 2005

Organizations Action Réfugiés Montréal Africa Humanitarian Action (Angola) Africa Internally Displaced Persons Voice Africa and Middle East Refugee Assistance (Egypt) Al Mezan Center for Human Rights (Gaza) Al Sharqiyah Orient House for Forced Migration (Jordan) American Immigration Lawyers Association American Jewish World Service American Refugee Committee International Amnesty International Anglicare Refugee and Migrant Services (Australia) Arab Program for Human Rights Activists (Egypt) Asian Forum for Human Rights and Development Thailand) Asian Research Center for Migration, Chulalongkorn University (Thailand) Association of Human Rights Activists Bhutan Asylum Seekers Project, Hotham Mission (Australia) Australian Catholic Migrant and Refugee Office Boaz Trust (UK) British Refugee Council Canadian Council for Refugees Caritas Sweden Center for International Policy (U.S.) Centro de Derechos Humanos Fray Bartolome de las Casas (Mexico) Centro de Derechos Humanos Miguel Agustin pro Juarez (Mexico) Centro de Investigaciones Economicas y Politicas de Accion Comunitaria (Mexico) Church World Service, Immigration and Refugee Program (U.S.) Churches Commission for Migrants in Europe Comité Internacional de Rescate (Spain) Commission d'Entraide pour les Migrants et les Réfugiés International Committee in Defence of Democracy and Human Rights (Israel) Committee for the Somali Interest, Conservation and Community Affairs (Yemen) Concern America Darfur Organization for Human Rights and Development Doctors of the World (U.S.) Dutch Refugee Council Egyptian Organization for Human Rights Eminent Persons Group on Refugee and Migratory Movements in South Asia (Sri Lanka) Episcopal Migration Ministries (U.S.) Ethiopian Community Development Council Ethiopian Human Rights Council European Council on Refugees and Exiles Finnish Red Cross Freedom House (U.S.) Frontiers (Lebanon) Fundación Restrepo Barco (Colombia) Genocide Watch Greek Refugee Council Group 484 (Serbia and Montenegro) Heartland Alliance for Human Needs and Human Rights (U.S.) Hmong National Development Hodi (Zambia) Human Rights Council of Bhutan Human Rights First Human Rights Network (Uganda) Human Rights Watch Institute of Cultural Affairs in the U.S.A. Inter Pares (Canada) International Catholic Migration Commission International Journal of Refugee Law International Refugee Research Institute (U.S.) International Refugee Rights Initiative International Rescue Committee (U.S.) Iranian Refugees Alliance Irish Refugee Council Italian Council for Refugees Jammu and Kashmir Council for Human Rights Jesuit Refugee Service Jubilee Partners (U.S.) Kenya Human Rights Commission Kurdish Human Rights Watch Legal Resources Foundation (Zambia) Lexington Institute (U.S.) Lutheran Immigration

and Refugee Service (U.S.) Lutheran World Federation Lutheran World Relief (U.S.) Maluku Masa Depan (Indonesia) Mercy Corps Memorial Human Rights Center (Russian Federation) National Human Rights Society (HAKAM, Malaysia) National Society for Human Rights (Namibia) Norwegian Organisation for Asylum Seekers Office Africain pour le développement et la cooperation (Senegal) Organization for Aid to Refugees (Czech Republic) Physicians for Human Rights Pro Asyl Human Rights Organization for Refugees in Germany Red Nacional de Organismos Civiles de Derechos Humanos Todos los Derechos para Todos (Mexico) Refugee Center for Human Rights (Egypt) Refugee Consortium of Kenya Refugee Council of Australia Refugee and Immigration Legal Centre (Australia) Refugee Law Project, Makerere University Refugee Relief Workers International Refugees International Rencontre Africaine Pour la Défense des Droits de l'Homme (Senegal) Representatives of the Massaleit Community in Exile RESPECT Refugees Ghana Save the Children (Canada) Self-help Initiative for Sustainable Development (Ghana) South Asia Human Rights Documentation Center Southeast Asia Resource Action Center South Center for Human Rights (Egypt) Spanish Commission for Refugee Assistance Stichting Vluchteling (Dutch Refugee Foundation) Sudan Emancipation & Preservation Network Tanganyika Christian Relief Service Thai Catholic Commission for Migrants and Prisoners Tibetan Refugee Welfare Office UN Association of the Philippines Unitarian Universalist Service Committee (U.S.) U.S. Committee for Refugees and Immigrants West African Refugees and Internally Displaced Persons Network Women Empowerment Literacy and Development Organization (Pakistan) Women's Commission for Refugee Women and Children (U.S.)

Notable individuals (affiliations listed for identification only) Thomas F. Anders, M.D. President-Elect, American Academy of Child and Adolescent Psychiatry Jagdish Bhagwati Director, Program on International Migration Columbia University School of Law *The Wind of the Hundred Days: How Washington Mismanaged Globalization* Copenhagen Consensus participant Carolyn P. Blum Clinical Professor of Law, Emeritus Boalt Hall Law School University of California at Berkeley Rosemary Byrne Director, International Process and Justice Project Trinity College Dublin, *The Reader in Refugee Law: Cases, Documents and Materials* (ed.) Stephen Castles Director, Refugee Studies Centre University of Oxford *The Age of Migration: International Population Movements in the Modern World* Guy S. Goodwin-Gill All Souls College, University of Oxford *The Refugee in International Law* Barbara E. Harrell-Bond *Forced Migration and Refugee Studies* American University in Cairo *Rights in Exile: Janus-Faced Humanitarianism* (forthcoming) James C. Hathaway Director, Program in Refugee and Asylum Law University of Michigan Law School *The Rights of Refugees under International Law* Karen Jacobsen Director, Refugees & Forced Migration Project Fletcher School and Feinstein International Famine Center, Tufts University Tamar Jacoby Manhattan Institute *Reinventing the Melting Pot: The New Immigrants and What it Means to Be American* (ed.) Khoti Kamanga Director, Centre for the Study of Forced Migration University of Dar es Salaam, Tanzania

Anhang

Material

Literatur

Haasen, Bettina: *Chambres toujours occupées*, KHIASMA Edition Paris, 2005
Arbeitsmigranten auf dem Weg von der Küste Nigerias nach Lybien / Europa. Photos und Interviews.

Immigration Advisory Service: *Directory of Detention Conditions*

The *Directory of Detention Conditions* is a detailed report on the conditions in detention in the following countries: Algeria, Bangladesh, Burma, Cameroon, Democratic Republic of Congo, Ethiopia, India, Iran, Nigeria, Pakistan, Rwanda, Sri Lanka, Sudan, Turkey, Uganda, Zimbabwe. This directory is available for sale at the Research and Information Unit stand for 25 Pound. www.iasuk.org; e-mail: detention@iasuk.org

Jesuit Refugee Service Europa: *Detention in Europe. Administration Detention of Asylum-Seekers and Irregular Migrants*, Februar 2005. Updates available at www.detention-in-europe.org

Sossi, Federica: *Storie migranti. Viaggio tra i nuovi confini. DeriveApprodi*, 168 Seiten, 11.50 Euro (<http://www.deriveapprodi.org/estesa.php?id=211&stato=novita>)

Talebian, Arian: *Weltreise ohne Pass. Hamburg, Mainz 2005. Eine vierzehnjährige Jugendliche aus Afghanistan erzählt ihre Flucht. Ein Projekt der Afghanischen Frauengruppe des Wohnschiffs Altona e.V.* 200 handsignierte Expl., Bezug und kontakt: strouxphotos@busyshadows.org oder afggirl16@yahoo.de

Internetseiten zum Thema Lager

England <http://www.barbedwirebritain.org.uk/>

Frankreich <http://pajol.eu.org/rubrique42.html>

Italien www.cestim.org;

www.meltingpot.org;

www.digilander.libero.it/asgi.italia;

www.italia.indymedia.org/features/migranti

<http://www.ngvision.org/mediabase/378>

(Video über die Deportationen von Lampedusa nach Lybien)

Deutschland <http://www.nolager.de/>;

<http://www.ausreisezentren.de>

<http://www.abschiebehaft.de/index.htm>

<http://thecaravan.org/>; <http://lola.d-a-s-h.org/~rp/az/index.php>;

<http://www.aktivgegenabschiebung.de/offimits.html>

International www.no-camps.org

http://noborder.org/news_index.php

www.detention-in-europe.org

<http://www.refugees.org/data/wrs/04/pdf/38-56.pdf>

(Hintergrundmaterial zur weltweiten Lagerpolitik)